

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

### **Gewalt an Kliniken im Lande Bremen**

In einem Interview mit der Rheinischen Post vom 6. Januar 2018 lenkte der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Frank Ulrich Montgomery, den öffentlichen Fokus auf Gewalt gegen Ärzte und medizinisches Personal. Danach gefragt, welches Thema für die Ärzte derzeit dringlich sei, antwortete er wörtlich: „Gewalt gegen Ärzte. Wir erleben derzeit eine totale Verrohung bei einigen Patienten und ihren Angehörigen gegenüber medizinischem Personal [...]. Auch in Notaufnahmestellen passiert es immer wieder, dass Leute wegen der Wartezeiten sehr aggressiv werden.“ Die Aussagen des Kammerpräsidenten lassen sich leider auch auf die Situation in Bremen übertragen. So machte Anfang September eine Geburtsstation Schlagzeilen, weil es zu einem Streit zweier Familien kam, in dem es darum ging, wer zuerst das Kind halten darf. Gleichzeitig berichteten auch Angestellte anderer Kliniken, dass es immer wieder zu „Besuchermassen auf Stationen“ komme, die leicht in eine aggressive bis gewalttätige Stimmung geraten könnten. Ärzte und Pflegende stehen hier immer wieder vor der großen Herausforderung einerseits ihrem Beruf nachzugehen und den Patienten zu helfen und sich andererseits auch selbst vor aggressivem Verhalten zu schützen. Die Klinikbeschäftigten erleben also einen alltäglichen Konflikt, der sich auch auf die Berufsausübung insgesamt auswirkt und sich in höheren Krankschreibungen und Ausfallzeiten ausdrücken kann. Zudem wird die Personalgewinnung beispielsweise für Nacht- oder Feiertagsschichten schwieriger, wenn man eigentlich ständig mit einer Auseinandersetzung rechnen muss.

In einer Frage für die Fragestunde der CDU-Fraktion vom 25.09.2018 wurde klar, dass der rot-grüne Senat nicht in der Lage ist die Fälle zu benennen, in denen es zu Gewalt gegen medizinisches Personal kommt. Obwohl die Bremer Krankenhausgesellschaft in einer Befragung der Mitgliedskrankenhäuser aus dem Mai 2018 einen Anstieg von verbalen oder körperliche Auseinandersetzungen verzeichnet, heißt es in der weiteren Antwort des Senats lediglich: „Allerdings liegen hierzu keine gesonderten Statistiken vor, die eine weiterführende Differenzierung nach Art, Anzahl oder Geschlechterbetroffenheit der Auseinandersetzungen ermöglichen“. Dies ist im Sinne des Schutzes der Angestellten an den Kliniken nicht hinnehmbar und drückt die Hilflosigkeit des Senats aus. Zudem wird in der Beantwortung der Fragen auf die Eigenverantwortung der Träger bei der Erarbeitung von Sicherheits- und Deeskalationskonzepten verwiesen. Dies ist zwar im Prinzip richtig, allerdings nimmt das Problem der Gewalt und Aggressivität an Kliniken mittlerweile einen so hohen gesellschaftlichen Raum ein, dass sich das Land Bremen nicht länger auf die Untätigkeit zurückziehen kann.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Vorfälle von Gewalt gegen medizinisches Personal an Kliniken sind dem Senat in den letzten drei Jahren auf welchem Wege bekannt geworden? (Bitte jahresweise aufschlüsseln nach Klinikum, Attacken verbaler, physischer und psychischer Art)
2. Wie viele Vorfälle von Gewalt gegen medizinisches Personal wurde in den letzten drei Jahren insbesondere durch die Polizei Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven erfasst und gemeldet? (Bitte jahresweise aufschlüsseln nach Klinikum, Attacken verbaler, physischer und psychischer Art)
3. Welche Art von körperlichen Verletzungen gab es bei den Opfern? Wie lange waren die Betroffenen durchschnittlich krankgeschrieben in Folge ihrer Verletzungen? Wie viele Personen wollten nicht mehr auf ihren ursprünglichen Arbeitsplatz zurückkehren?
4. Wie viele Vorfälle von Sachbeschädigungen in Kliniken im Land Bremen sind dem Senat in den letzten drei Jahren bekannt geworden? (Bitte jahresweise aufschlüsseln nach Klinikum, Art der Beschädigung, Höhe des Schadens und Kostenträger)
5. Wie viele der in den letzten drei Jahren gemeldeten Vorfälle von Gewalt gegen Personen und Sachen an Krankenhäusern im Land Bremen wurden strafrechtlich mit welchem Ergebnis verfolgt? Wie viele Verfahren wurden eingestellt?
6. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Dunkelziffer in diesem Feld– also solche Vorfälle, die durch das medizinische Personal nicht der Polizei gemeldet werden? Inwiefern können sich Angestellte über rechtliche Möglichkeiten informieren?
7. Warum werden über Gewalttaten an Krankenhäusern keine gesonderten Statistiken geführt, wenn doch die Krankenhausgesellschaft eine Steigerung solcher Taten verzeichnet? (Bezug zur Frage für die Fragestunde der CDU-Fraktion vom 25.09.2018)
8. Inwiefern sieht der Senat aktuell die Notwendigkeit die Daten in einer gesonderten Statistik zusammenzuführen, um Problemlagen – insbesondere in den zentralen Notaufnahmen – schneller zu erkennen und medizinisches Personal zu schützen?
9. Inwiefern plant der Senat die Trägergesellschaften der Kliniken bei der Erarbeitung von Ansätzen zur Prävention von Gewalt zu unterstützen? Welche Ansätze zum Schutz von medizinischem Personal im Dienst verfolgt der Senat selbst?
10. Inwiefern plant der Senat die Erarbeitung eines gemeinsamen Präventionskonzepts mit Kliniken, Polizei und Justiz?

11. Wie beurteilt der Senat die bauliche Situation zur Prävention von Gewalt in den Zentralen Notaufnahmen in den Kliniken im Land Bremen? (Bitte aufschlüsseln nach Klinikum)
12. Inwiefern hält der Senat die Sachkundeprüfung im Bewachungsgewerbe nach §34a Gewerbeordnung angesichts der aktuellen Herausforderungen für den Bereich der Bewachung von Kliniken für ausreichend?
13. Wie beurteilt der Senat die Wirksamkeit von Deeskalationstrainings für Sicherheitspersonal und wie bewertet er insbesondere die dort vermittelten Inhalte?
14. Plant der Senat die Trägergesellschaften bei der Erarbeitung von Sicherheits- und Deeskalationskonzepten – beispielsweise durch die Beratung durch die Polizei – zu unterstützen? Inwiefern sind dem Senat bestehende Handlungskonzepte einzelner Träger bekannt?
15. Inwiefern kann der Senat die Prävention und Deeskalation durch Zusammenarbeit mit Klinikträgern und weiteren Partnern im Stadtteil jeweils unterstützen?

Susanne Grobien, Rainer Bensch, Sina Dertwinkel, Silvia Neumeyer,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU